



Detailansicht des Registereintrags

Johanniter-Unfall-Hilfe e.V.

Aktuell seit 01.06.2026 13:17:30

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R002223
Ersteintrag:	28.02.2022
Letzte Änderung:	01.06.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	25.06.2025
Tätigkeitskategorie:	Privatrechtliche Organisation mit Anerkennung der Gemeinnützigkeit nach Abgabenordnung
Kontaktdaten:	Adresse: Lützwowstraße 94 10785 Berlin Deutschland Telefonnummer: +4930269970 E-Mail-Adressen: info@johanniter.de Webseiten: https://www.johanniter.de/

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Wirtschaftliche Tätigkeit, Mitgliedsbeiträge, Öffentliche Zuwendungen, Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen, Sonstiges

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

400.001 bis 410.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

1,30

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Thomas Mähnert**
Funktion: Mitglied des Bundesvorstandes
2. **Oliver Meermann**
Funktion: Mitglied des Bundesvorstandes

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (6):

1. **Friederike Moser von Filseck**
2. **Annegret Ernst**
3. **Kevin Grigorian**
4. **Jens Schwalb**
5. **Elisabeth Schott**
6. **Ralf Sick**

Gesamtzahl der Mitglieder:

1.163.858 Mitglieder am 31.12.2025, davon:

1.151.312 natürliche Personen

12.546 juristische Personen, Personengesellschaften oder sonstige Organisationen

Mitgliedschaften (24):

1. Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung
2. Deutscher Evangelischer Verband für Altenarbeit und Pflege e.V.
3. Verband diakonischer Dienstgeber in Deutschland e.V. (VdDD)
4. Zukunftsforum Öffentliche Sicherheit e.V. (ZOES)
5. Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)
6. Deutsche Institut für Normung e.V.
7. Bundesverband Hausnotruf e.V.
8. Verband für Digitalisierung in der Sozialwirtschaft e.V.
9. Diakonisches Werk Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz
10. Bundesverband Alphabetisierung und Grundbildung e.V.
11. Mobile Retter e.V.
12. Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in Deutschland e.V. (aej)
13. Deutscher Fundraising-Verband e.V. (DFRV)
14. Bundesarbeitsgemeinschaft Mehr Sicherheit für Kinder e.V.
15. Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe deutscher Nichtregierungsorganisationen e.V. (VENRO)
16. WASH Netzwerk
17. Aktion Deutschland Hilft e.V. (ADH)
18. Bundesarbeitskreis Freiwilliges Soziales Jahr e.V. (BAK FSJ)
19. Fachverband Informationstechnologie in Sozialwirtschaft und Sozialverwaltung e.V. (FINSOZ)
20. Vereinigung zur Förderung des Deutschen Brandschutzes e.V. (vfdb)

21. German Resuscitation Council (GRC) e.V.
22. Bundesarbeitsgemeinschaft Erste Hilfe (BAGEH)
23. Centre for Humanitarian Action e.V.
24. Klima-Allianz Deutschland e.V.

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (14):

Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen; Sonstiges im Bereich "Arbeit und Beschäftigung"; Berufliche Bildung; Hochschulbildung; Vorschulische Bildung; Sonstiges im Bereich "Bildung und Erziehung"; Entwicklungspolitik; Kinder- und Jugendpolitik; Seniorenpolitik; Gesundheitsversorgung; Pflege; Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe; Integration; Sonstiges im Bereich "Migration, Flüchtlingspolitik und Integration"

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Die Johanniter-Unfall-Hilfe ist eine evangelische Hilfsorganisation mit ca. 1,2 Millionen Fördermitgliedern. Mehr als 33.000 hauptamtliche und 44.000 ehrenamtliche Mitarbeitende bilden das Herz unserer engagierten Organisation. Die Johanniter bringen sich nicht nur im klassischen Rettungsdienst ein, sondern auch in einer Vielzahl anderer sozialer und karitativer Bereiche. Von Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe als Hilfsorganisation bis hin zu Kindertagesstätten und in der Hospizarbeit sind wir überall helfend und unterstützend dabei.

Wir Johanniter wenden uns als Sprachrohr für unsere Mitarbeitenden und für die uns in unseren Diensten anvertrauten Personen an die Politik. Wir bringen uns mit Stellungnahmen, Positionspapieren, in Anhörungen und im direkten Austausch mit politischen Partnern und Abgeordneten ein. Ziel unserer politischen Arbeit ist, die Politik auf aktuelle wie strukturelle Herausforderungen in der Sozial- und Gesundheitspolitik hinzuweisen.

Konkrete Regelungsvorhaben (9)

1. Reform der Notfallversorgung und des Rettungsdienstes

Beschreibung:

Neugestaltung des Rettungsdienstes und der Reform der Notfallversorgung mit dem Ziel, die Kompetenzen im Rettungsdienst zu steigern, Doppelstrukturen abzubauen und Bagatelleinsätze zu verringern.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 21/2214 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Reform der Notfallversorgung und des Rettungsdienstes (Notfallgesetz - NotfallG)

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/13166 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Reform der Notfallversorgung

Zuständiges Ministerium: BMG [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 5 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (4):

1. SG2403060001 (PDF - 16 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 05.03.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

2. SG2504230006 (PDF - 6 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 13.01.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

3. SG2512040032 (PDF - 14 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 04.12.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

4. SG2602240006 (PDF - 14 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 23.02.2026 an:

Bundestag

Gremien [alle SG dorthin]

2. Stärkung der Strukturen gegen sexuelle Gewalt an Kindern und Jugendlichen

Beschreibung:

Der Gesetzentwurf verfolgt das Ziel der Stärkung der Strukturen gegen sexuelle Gewalt an Kindern und Jugendlichen. Die JUH plädiert für einheitliche und präzise Fachtermini. Zudem sind einheitliche Anforderungen an institutionelle Kinderschutzkonzepte festzulegen. Auch sollte die Finanzierung des Kinderschutzes bundeseinheitlich gesetzt werden. Ressourcen sowohl für die gesamtgesellschaftlichen Kinderschutzmaßnahmen als auch für den Kinderschutz in der Kinder- und Jugendhilfe müssen entsprechend bereitgestellt sein.

Bundesrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 368/24 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Strukturen gegen sexuelle Gewalt an Kindern und Jugendlichen

Zuständiges Ministerium: BMFSFJ (20. WP) [alle RV hierzu]

Zuvor:

Referentenentwurf (BMFSFJ) (20. WP): Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Strukturen gegen sexuelle Gewalt an Kindern und Jugendlichen (Vorgang)

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/13183 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Strukturen gegen sexuelle Gewalt an Kindern und Jugendlichen

Zuständiges Ministerium: BMFSFJ (20. WP) [alle RV hierzu]

Zuvor:

Referentenentwurf (BMFSFJ) (20. WP): Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Strukturen gegen sexuelle Gewalt an Kindern und Jugendlichen (Vorgang)

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 8 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Kinder- und Jugendpolitik [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. SG2405080012 (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 29.04.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
(BMFSFJ) (20. WP) [alle SG dorthin]

2. SG2504230007 (PDF - 6 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 13.01.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

3. Bevölkerungsschutz: Bundesweite Helfendengleichstellung umsetzen

Beschreibung:

Unsere Helfenden sind in ganz Deutschland im Einsatz. Wir setzen uns daher für eine bundeseinheitliche gesetzliche Regelung u. a. für Freistellung, Ausgleichsansprüche, Ersatzleistungen und soziale Absicherung der Helfenden der anerkannten Hilfsorganisationen in allen Einsatzsituationen analog zu den Regelungen für das Technische Hilfswerk und die Feuerwehren ein. Diese beinhaltet insbesondere die umfassende Freistellung der Helfenden für Ausbildung, Übungen und Einsätze auch unterhalb eines erklärten Katastrophenfalls. Das schafft Rechtssicherheit für die Helfenden, die Hilfsorganisationen und die Arbeitgeber.

Betroffenes geltendes Recht:

ZSG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2504230012 (PDF - 6 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 13.01.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

4. Weiterentwicklung der Qualität und zur Teilhabe in der Kindertagesbetreuung (KiTa-Qualitätsgesetz)

Beschreibung:

Einführung bundesweit einheitlicher pädagogischer Qualitätsstandards, die durch qualifizierte Fachberatung und Profildienststellen für die Themen Sprache, Bildung für nachhaltige Entwicklung, Inklusion oder Kinderschutz gesichert werden.

Betroffenes geltendes Recht:

KiQuTG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Kinder- und Jugendpolitik [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Bildung und Erziehung" [alle RV hierzu]; Vorschulische Bildung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2504230013](#) (PDF - 6 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 13.01.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

5. Ganzheitliche Reform der Pflegeversicherung

Beschreibung:

Die Pflegeversicherung gilt es, generationengerecht und zukunftsfest nezugestalten. Hierfür setzen wir uns für die Einführung einer Pflegevollversicherung ein. Pflegeleistungen sollten unabhängig vom Wohnort der Pflegebedürftigen erbracht werden. Zudem sollten pflegende Angehörige gestärkt und die Potenziale der Digitalisierung weiter vorantreiben und stärker genutzt werden. Die JUH begleitet den Reformprozess zur Pflegeversicherung eng.

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 11 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Pflege [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2504230014](#) (PDF - 6 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 13.01.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

6. Stärkung der Entwicklungszusammenarbeit und der humanitären Hilfe

Beschreibung:

Anlässlich der Koalitionsverhandlungen wurde von mehreren Organisationen das Thesenpapier „Empfehlungen zur humanitären Hilfe“ erarbeitet. Darin wird die Bundesregierung aufgefordert, die deutsche humanitäre Hilfe zu stärken und hierfür eine bedarfsorientierte, prinzipientreue und verlässliche humanitäre Finanzierung sicherzustellen. Humanitäre und anderen internationale Maßnahmen sollen eng abgestimmt und gleichzeitig die Unabhängigkeit und Eigenständigkeit der humanitären Hilfe bewahrt werden.

Bundestags-Drucksachenummer:

BT-Drs. 20/12400 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2025 (Haushaltsgesetz 2025 - HG 2025)

Zuständiges Ministerium: BMF [alle RV hierzu]

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/14344 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Transformation des Vergaberechts
(Vergaberechtstransformationsgesetz - VergRTransfG)

Zuständiges Ministerium: BMWK (20. WP) [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Entwicklungspolitik [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2504230018 (PDF - 1 Seite)

Adressatenkreis:

Versendet am 03.03.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und
Entwicklung (BMZ) [alle SG dorthin]

**7. Gesetzesentwurf zur Einbeziehung der Jugendarbeit in die Erfüllung des
Ganztagsrechtsanspruchs in den Schulferien****Beschreibung:**

Der Gesetzesentwurf des BMBFSFJ zielt darauf ab, den kommenden Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung auch während der Schulferien zu gewährleisten, in dem Anspruch auf Förderung in Tageseinrichtungen während der Schulferien auch durch Angebote der Jugendarbeit erfüllt werden kann. Die Johanniter-Unfall-Hilfe e.V. begrüßt den vorliegenden Gesetzesentwurf grundsätzlich. Die vorgesehene ausdrückliche Anerkennung von Angeboten der Jugendarbeit nach § 11 SGB VIII als rechtsanspruchserfüllend wird als Chance verstanden, die Bedeutung der Jugendarbeit im Zusammenspiel von schulischer und außerschulischer Bildung zu stärken. Der eigenständige Charakter der Jugendarbeit sollte dabei jedoch erhalten bleiben.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 21/1086 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines ... Gesetzes zur Änderung des Achten Buches Sozialgesetzbuch - Kinder- und Jugendhilfe - Rechtsanspruchserfüllende Ferienangebote in der Ganztagsbetreuung von Kindern im Grundschulalter

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 8 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Kinder- und Jugendpolitik [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2509160016](#) (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 12.09.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ) [alle SG dorthin]

8. [Gesetz zur Änderung des Strafgesetzbuches - Stärkung des strafrechtlichen Schutzes des Gemeinwesens](#)

Beschreibung:

Der Gesetzentwurf stellt die besondere Schutzbedürftigkeit von Personen in den Vordergrund, die im Dienste des Gemeinwohls stehen, darunter zahlreiche Ehrenamtliche. Durch Änderungen im Strafgesetzbuch (StGB) soll die besondere Verwerflichkeit von Gewalt gegen Personen, die für das Gemeinwohl tätig sind, herausgestellt und so ein rechtspolitisches Signal zur Stärkung des Schutzes dieser Personengruppen gesetzt werden.

Referentenentwurf:

[Gesetz zur Änderung des Strafgesetzbuches - Stärkung des strafrechtlichen Schutzes des Gemeinwesens \(Vorgang\)](#) [alle RV hierzu]

Datum der Veröffentlichung: 30.12.2025

Federführendes Ministerium: [BMJV](#) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

[StGB](#) [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2601280001](#) (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 28.01.2026 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV)
[alle SG dorthin]

9. [GKV-Beitragssatzstabilisierungsgesetz](#)

Beschreibung:

Durch den Gesetzentwurf soll die Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) gesichert und die Beitragssätze stabilisiert werden. Dafür werden in verschiedenen Bereichen des Gesundheitssystems Kürzungen vorgeschlagen. Aus Sicht der JUH verkennt der vorliegende Entwurf die Versorgungsrealität der Notfallversorgung, im Fahrdienst sowie in der Pflege und birgt ein erhebliches Risiko der Unterfinanzierung. Eine nachhaltige

Stabilisierung der GKV-Finzen gelingt nur, wenn Effizienzreserven gehoben werden, ohne die operative Leistungsfähigkeit dieser Bereiche zu destabilisieren. Die im Entwurf vorgesehene Mechanik setzt derzeit zu stark auf Vergütungsbegrenzung und berücksichtigt die realen Kosten- und Sicherstellungsstrukturen dieser Versorgungsbereiche nicht ausreichend.

Referentenentwurf:

Gesetz zur Stabilisierung der Beitragssätze in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-Beitragssatzstabilisierungsgesetz) (Vorgang) [alle RV hierzu]

Datum der Veröffentlichung: 16.04.2026

Federführendes Ministerium: BMG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]; Pflege [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. SG2604240015 (PDF - 7 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 20.04.2026 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

2. SG2604240016 (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 20.04.2026 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro (69):

1. **Bundesamt für Migration und Flüchtlinge**

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Nürnberg

Betrag: 2.610.001 bis 2.620.000 Euro
Förderung verschiedener Integrationsprojekte

2. Europäischer Sozialfonds

Europäische Union
Brüssel

Betrag: 60.001 bis 70.000 Euro
Förderung der Teilhabe von Familien und Kindern

3. Regierung v. Mittelfranken

Deutsche Öffentliche Hand – Kommune
Ansbach

Betrag: 250.001 bis 260.000 Euro
Förderung Sozialer Projekte

4. Landeshauptstadt München

Deutsche Öffentliche Hand – Kommune
München

Betrag: 690.001 bis 700.000 Euro
Projektförderung Kinderfreizeit

5. Bezirk Oberbayern

Deutsche Öffentliche Hand – Kommune
München

Betrag: 10.001 bis 20.000 Euro
Projektförderung Kinderfreizeit

6. Stadt Regensburg

Deutsche Öffentliche Hand – Kommune
Regensburg

Betrag: 90.001 bis 100.000 Euro
Förderung von Familienzentren

7. Regierungspräsidium Karlsruhe

Deutsche Öffentliche Hand – Kommune
Karlsruhe

Betrag: 80.001 bis 90.000 Euro
Förderung des Ehrenamts

8. Landesarbeitsgemeinschaft

Deutsche Öffentliche Hand – Land
Stuttgart

Betrag: 50.001 bis 60.000 Euro
Förderung Hospiz-Projekte

9. Regierungspräsidium

Deutsche Öffentliche Hand – Kommune
Stuttgart

Betrag: 10.001 bis 20.000 Euro

Förderung von Projekten im Land

10. **Bezirksamt Friedrichshain/Kreuzberg**

Deutsche Öffentliche Hand – Kommune
Berlin

Betrag: 1.390.001 bis 1.400.000 Euro

Förderung von Angeboten in der Obdachlosenhilfe

11. **Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung**

Deutsche Öffentliche Hand – Land
Berlin

Betrag: 770.001 bis 780.000 Euro

Mobilitätshilfedienst für Senior/innen und Menschen mit Behinderung

12. **Bezirksamt Reinickendorf**

Deutsche Öffentliche Hand – Kommune
Berlin

Betrag: 60.001 bis 70.000 Euro

Förderung Projekt Familienarbeit

13. **Land Berlin und Bund / Förderungen Städtebaulicher Maßnahmen**

Deutsche Öffentliche Hand – Kommune
Berlin

Betrag: 30.001 bis 40.000 Euro

Förderung Projekt Familienarbeit

14. **Landkreis Märkisch-Oderland**

Deutsche Öffentliche Hand – Kommune
Seelow

Betrag: 90.001 bis 100.000 Euro

Gemeinnützige Projekte

15. **Stadt Frankfurt (Oder)**

Deutsche Öffentliche Hand – Kommune
Frankfurt (Oder)

Betrag: 210.001 bis 220.000 Euro

Förderung sozialer Projekte

16. **Gemeinde Hoppegarten**

Deutsche Öffentliche Hand – Kommune
Hoppegarten

Betrag: 100.001 bis 110.000 Euro

Zuschuss Bundesprogramm Mehrgenerationenhaus

17. **Landkreis Oder-Spree**

Deutsche Öffentliche Hand – Kommune
Beeskow

Betrag: 10.001 bis 20.000 Euro

Förderung ambulanter sozialer Dienste

18. **Stadt Storkow**

Deutsche Öffentliche Hand – Kommune
Storkow

Betrag: 40.001 bis 50.000 Euro

Gemeinnützige Projekte

19. **Landkreis Uckermark**

Deutsche Öffentliche Hand – Kommune
Prenzlau

Betrag: 400.001 bis 410.000 Euro

Gemeinnützige Projekte

20. **Landeshauptstadt Wiesbaden**

Deutsche Öffentliche Hand – Kommune
Wiesbaden

Betrag: 230.001 bis 240.000 Euro

Förderung sozialer Projekte

21. **Kreis Offenbach**

Deutsche Öffentliche Hand – Kommune
Dietzenbach

Betrag: 30.001 bis 40.000 Euro

Förderung sozialer Projekte

22. **Bezirksamt Wandsbek für Soziales, Jugend und Gesundheit**

Deutsche Öffentliche Hand – Kommune
Hamburg

Betrag: 90.001 bis 100.000 Euro

Förderung Integrationsprojekte

23. **Stadt Flensburg**

Deutsche Öffentliche Hand – Kommune
Flensburg

Betrag: 10.001 bis 20.000 Euro

Förderung sozialer Projekte

24. **Kreis Herzogtum Lauenburg**

Deutsche Öffentliche Hand – Kommune
Ratzeburg

Betrag: 30.001 bis 40.000 Euro

Förderung sozialer Projekte

25. **Ministerium für Justiz und Gesundheit Schleswig-Holstein**

Deutsche Öffentliche Hand – Land
Kiel

Betrag: 10.001 bis 20.000 Euro

Förderung sozialer Projekte

26. **Stadt Schleswig**
Deutsche Öffentliche Hand – Kommune
Schleswig
Betrag: 10.001 bis 20.000 Euro
Förderung sozialer Projekte
27. **Landkreis Harburg**
Deutsche Öffentliche Hand – Kommune
Harburg
Betrag: 100.001 bis 110.000 Euro
Förderung sozialer Projekte
28. **Landesdirektion Sachsen**
Deutsche Öffentliche Hand – Kommune
Chemnitz
Betrag: 10.001 bis 20.000 Euro
Projektförderung Hospiz
29. **Ministerium für Bildung, Jugend und Sport Thüringen**
Deutsche Öffentliche Hand – Land
Erfurt
Betrag: 60.001 bis 70.000 Euro
Projektförderung Vielfalt vor Ort
30. **EU, Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF)**
Europäische Union
Brüssel
Betrag: 1.280.001 bis 1.290.000 Euro
Projektförderungen im In- und Ausland
31. **Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration**
Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Berlin
Betrag: 370.001 bis 380.000 Euro
Förderung Ehrenamts-/Integrationsprojekt
32. **Auswärtiges Amt**
Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Berlin
Betrag: 5.720.001 bis 5.730.000 Euro
Humanitäre Projekte im In- und Ausland, Kampagne "Vergessene Krisen"
33. **Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen (WFP)**
Mitgliedstaat der EU
Italien
Rom
Betrag: 20.001 bis 30.000 Euro
Humanitäre Projekte

34. **UN OCHA**
Drittstaat
Vereinigte Staaten
New York
Betrag: 610.001 bis 620.000 Euro
Humanitäre Projekte
35. **UNICEF**
Drittstaat
Vereinigte Staaten
New York
Betrag: 230.001 bis 240.000 Euro
Humanitäre Projekte
36. **Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung**
Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Bonn
Betrag: 6.290.001 bis 6.300.000 Euro
Humanitäre Projekte
37. **Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe**
Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Bonn
Betrag: 70.001 bis 80.000 Euro
Projektförderungen Bevölkerungsschutz
38. **Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend**
Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Berlin
Betrag: 150.001 bis 160.000 Euro
Förderung von Mehrgenerationenhäusern
39. **DWBO e. V.**
Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Berlin
Betrag: 60.001 bis 70.000 Euro
Förderung von Maßnahmen im Verband
40. **Stiftung Deutsches Hilfswerk**
Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Hamburg
Betrag: 410.001 bis 420.000 Euro
Förderung sozialer Projekte
41. **Stadt Mannheim**
Deutsche Öffentliche Hand – Kommune
Mannheim
Betrag: 10.001 bis 20.000 Euro
Institutionelle Förderung

42. **Landratsamt Rosenheim**
Deutsche Öffentliche Hand – Kommune
Rosenheim
Betrag: 40.001 bis 50.000 Euro
Förderung Johanniter-Zentrum
43. **Stadt Nürnberg**
Deutsche Öffentliche Hand – Kommune
Nürnberg
Betrag: 40.001 bis 50.000 Euro
Förderung Arbeit mit trauernden Kinder und Jugendlichen
44. **Landesbehörde Zentrum Bayern Familie und Soziales**
Deutsche Öffentliche Hand – Land
Bayreuth
Betrag: 10.001 bis 20.000 Euro
Förderung von Mütter- und Väterzentren
45. **Landkreis Havelland**
Deutsche Öffentliche Hand – Kommune
Rathenow
Betrag: 140.001 bis 150.000 Euro
Gemeinnützige Projekte
46. **Bürgeramt Steglitz/Zehlendorf**
Deutsche Öffentliche Hand – Kommune
Berlin
Betrag: 70.001 bis 80.000 Euro
Wirtschaftliche Sozialberatung
47. **zgs consult GmbH**
Deutsche Öffentliche Hand – Land
Berlin
Betrag: 190.001 bis 200.000 Euro
Förderung sozialer Projekte
48. **Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege (SenWGP)**
Deutsche Öffentliche Hand – Land
Berlin
Betrag: 60.001 bis 70.000 Euro
Förderung sozialer Projekte
49. **Bürgeramt Pankow**
Deutsche Öffentliche Hand – Kommune
Berlin
Betrag: 160.001 bis 170.000 Euro
Förderung eines Familienzentrums
50. **LASV Brandenburg**

- Deutsche Öffentliche Hand – Land
Cottbus
Betrag: 30.001 bis 40.000 Euro
Förderung Familienzentrum
51. **Landkreis Elbe-Elster**
Deutsche Öffentliche Hand – Kommune
Herzberg/Elster
Betrag: 100.001 bis 110.000 Euro
Förderung von Integrationsangeboten
52. **Bundesamt für Wirtschaft u. Ausfuhrkontrolle (BAFA)**
Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Eschborn
Betrag: 60.001 bis 70.000 Euro
Förderung sozialer Projekte
53. **AG für Erwachsenenbildung EKHN**
Deutsche Öffentliche Hand – Kommune
Darmstadt
Betrag: 10.001 bis 20.000 Euro
Fördermittel Erwachsenenbildung
54. **Stadt Trier**
Deutsche Öffentliche Hand – Kommune
Trier
Betrag: 1.210.001 bis 1.220.000 Euro
Förderung Inklusions- und Jugendprojekte
55. **Kreisverwaltung Trier-Saarburg**
Deutsche Öffentliche Hand – Kommune
Trier
Betrag: 300.001 bis 310.000 Euro
Zuschuss Jugendhilfe
56. **Kommunaler Sozialverband Sachsen**
Deutsche Öffentliche Hand – Kommune
Chemnitz
Betrag: 30.001 bis 40.000 Euro
Zuschuss Projektförderung
57. **Stadtverwaltung Lauter**
Deutsche Öffentliche Hand – Kommune
Lauter-Berndbach
Betrag: 20.001 bis 30.000 Euro
Zuschuss Jugendhilfe
58. **Landratsamt Erzgebirge**
Deutsche Öffentliche Hand – Kommune

Annaberg-Buchholz
Betrag: 510.001 bis 520.000 Euro
Gemeinnützige Projekte im Landkreis

59. **IKK classic**

Deutsche Öffentliche Hand – Land
Dresden
Betrag: 110.001 bis 120.000 Euro
Förderung Hospiz-Projekt

60. **KSV Sachsen**

Deutsche Öffentliche Hand – Kommune
Leipzig
Betrag: 130.001 bis 140.000 Euro
Zuschuss KSV Kinder & Jugend EDV

61. **KSV Sachsen Unterstützungsangebot Pflege**

Deutsche Öffentliche Hand – Kommune
Leipzig
Betrag: 80.001 bis 90.000 Euro
Förderung gemeinnütziger Projekte

62. **Landratsamt Bautzen, Sozialamt**

Deutsche Öffentliche Hand – Kommune
Bautzen
Betrag: 30.001 bis 40.000 Euro
Förderung Integrationsprojekte

63. **Landeshauptstadt Dresden, Sozialamt**

Deutsche Öffentliche Hand – Land
Dresden
Betrag: 20.001 bis 30.000 Euro
Förderung Integrationsprojekte

64. **Landkreis Sächsische Schweiz, Osterzgebirge**

Deutsche Öffentliche Hand – Kommune
Dresden
Betrag: 40.001 bis 50.000 Euro
Förderung Integrationsprojekte

65. **Stadt Leipzig**

Deutsche Öffentliche Hand – Kommune
Leipzig
Betrag: 150.001 bis 160.000 Euro
Gemeinnützige Projekte

66. **Landeshauptkasse Sachsen-Anhalt**

Deutsche Öffentliche Hand – Land
Dessau-Roßlau

Betrag: 10.001 bis 20.000 Euro
Förderung Integrationsprojekte

67. Stadt Treffurt

Deutsche Öffentliche Hand – Kommune
Treffurt

Betrag: 10.001 bis 20.000 Euro
Projektförderung Jugendarbeit

68. Diakonisches Werk Mecklenburg-Vorpommern e.V. (Kirchenkreismittel)

Deutsche Öffentliche Hand – Land
Schwerin

Betrag: 10.001 bis 20.000 Euro
Kofinanzierung Integrationsprojekte

69. Thüringer Landesverwaltungsamt

Deutsche Öffentliche Hand – Land
Weimar

Betrag: 10.001 bis 20.000 Euro
Kofinanzierung Integrationsprojekte

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

12.230.001 bis 12.240.000 Euro

Beträge über 10.000 Euro und mehr als 10% der Gesamtsumme (2):

1. Aktion Deutschland Hilft

Betrag: 9.970.001 bis 9.980.000 Euro
Hilfsprojekte im In- und Ausland

2. Aktion Mensch

Betrag: 400.001 bis 410.000 Euro
Förderung sozialer Projekte

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

86.280.001 bis 86.290.000 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Jahresbericht-2024-Johanniter-Unfall-Hilfe.pdf